

12. VIII. 1917

M8

mit einer selbständigen Natur zu tun haben, die zunächst den eigenen Weg zu gehen verlangt. Und das ist unter den heutigen Verhältnissen ganz gewiß kein Nachteil. Der neue Kanzler wird sicherlich bald auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, das seiner Tätigkeit bisher fern lag, bemüht sein, das Wort wahrzumachen, das er in seiner ersten Reichstagsrede gesprochen hat: die Führung behalte er in der Hand. Aber er kann sich nur Glück wünschen, wenn es ihm gelungen sein sollte, für die Zeit der Einarbeitung in das umfassende Arbeitsfeld, das die Reichsverfassung fast über die Kraft des Einzelnen dem verantwortlichen Leiter des Reiches zugemessen hat, einen würdigen Mitarbeiter gefunden zu haben. Die großen Linien der Tätigkeit des letzteren hat der Kanzler in den ersten Wochen seines Schaffens, wenn auch nicht schon sicher gezogen, so doch angedeutet. Er hat bezüglich der Kriegsziele sich auf den Boden des Beschlusses der Reichstagsmehrheit gestellt, der sich in der Hauptsache mit dem Programm deckt, daß die maßgebenden Staatsmänner in Oesterreich-Ungarn wiederholt verkündet haben. Man hat in den Erklärungen des Reichskanzlers gewisse Vorbehalte zu entdecken geglaubt und feindliche Organe haben ihn daraufhin der Zweideutigkeit angeklagt. Es ist das alte Spiel, das man in den öffentlichen Reden unserer Gegner immer wieder feststellen kann. Sie verlangen von uns, daß wir die Karten offen auf den Tisch legen, während sie selbst mit ihren Bedingungen mehr denn je zurückhalten. Man betrachte sich daraufhin zum Beispiel die Rede Sonninos in London, die die Scheinheiligkeit selber bedeutet. Die weitschweifenden Pläne an der Adria werden kaum gestreift, die ehrgeizigen Bestrebungen im Ägäischen Meer und in Kleinasien ganz verschwiegen. Ähnlich hat Frankreich bisher seine räuberische Absicht auf das linke Rheinufer sorgfältig verheimlicht. Und nicht anders verbergen die englischen Staatsmänner ihre Begehrlichkeiten, die sich gegen große Teile der Türkei und gegen die deutschen Kolonien richten. Mit allgemeinen Wendungen, wie zum Beispiel, daß zunächst die Wünsche der afrikanischen (!) Eingebornen gehört werden müßten, wird die geheime Absicht verdeckt. Ägypten und Sypern werden überhaupt nicht mehr berührt. Dieser Besitz wird von den britischen Politikern als eine Art Präzipuum betrachtet, als ein „Vorau“, das England berechtigt sei, aus der Verteilungsmasse vorwegzunehmen. Auf der anderen Seite aber wird verlangt, daß wir mit unseren Verbündeten uns ein für allemal bezüglich unserer Kriegsziele unbedingt festlegen sollen. Das bedeutet doch wahrlich nichts anderes, als daß unsere Gegner zu den Verhandlungen mit einem Schatz von Forderungen und Zugeständnissen, die sie zurückgehalten haben, herantreten, während wir uns mit leeren Händen präsentieren. Das heißt die diplomatische Verhandlungsgrundlage von vornherein zu unseren Ungunsten verschieben. Hier unter anderm liegt das besondere Gebiet, auf dem in kommenden Tagen die Kunst des Diplomaten in die Erscheinung treten muß. Der große Rahmen ist festgestellt, den Inhalt zu füllen und zu gestalten wird im Einbernehmen mit unseren Bundesgenossen und ihren Staatsmännern der neue Staatssekretär berufen sein. Er hat nach allgemeinem Anerkennung eine gute Schule durchgemacht. Möge dem Vertrauen, das der jungen und frischen Kraft in Deutschland allgemein entgegengebracht wird, reiche Erfüllung zuteil werden.

Wohlfahrtspolitik oder Marktfreiheit.

Von einem Fachmann.

Wien, 11. August.

Der Weltkrieg hat die Regierungen der Zentralmächte, insbesondere aber Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, in der Ernährungsfrage vor ganz neue Aufgaben gestellt. Vor allem gab es in Friedenszeiten bei freiem Weltverkehr die Frage der genügenden Beschaffung von Lebensmitteln überhaupt nicht, d. h. die Beschaffung war nur eine Preisfrage, und wenn die Regierungen hier eingegriffen haben, so geschah es in den letzten Jahren vor dem Kriege in den seltensten Fällen nach der Richtung, eine Verbilligung der Lebensmittel durchzusetzen, sondern weit eher, um durch Zollhinaufsetzungen und Importerschwererungen die Preise zu erhöhen. Durch den Weltkrieg wurde die ganze Sachlage

plötzlich umgekehrt. Die Frage der Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel rückte in erste Reihe, und nachdem von vornherein feststand, daß durch die Absperrung die zur Verfügung stehenden Lebensmittelvorräte eine Minderung erfahren würden, tauchte als zweite Frage die der sparsamen Verwendung und als dritte die der gleichmäßigen, gerechten Verteilung, nicht nach den Vermögensverhältnissen, sondern nach dem Bedarfe der verschiedenen Bevölkerungsschichten, auf. Das Preisproblem wurde zuerst nicht recht erfaßt, ja, in den Anfängen als leicht lösbar betrachtet. Einige Preistreibererordnungen in Deutschland und Oesterreich sollten das übermäßige Ansteigen der Preise hindern. Die Erfahrungen ganz kurzer Zeit zeigten nun die Vielgestaltigkeit des Problems und damit auch sofort die Schwierigkeit, es zu meistern. Zunächst galt es, da die Auslandsbezüge ganz unmöglich gemacht oder zumindest so eingeengt wurden, daß sie eigentlich nicht mehr ins Gewicht fielen, vor allem, unsere inländischen Vorräte an allen Nahrungsmitteln rechtzeitig zu erfassen, gleichzeitig aber die Produktivität möglichst zu steigern, ferner Maßnahmen zu treffen, welche durch sparsame Verwendung der vorhandenen Nahrungsmittel das Auslangen ermöglichen, schließlich in manchen Artikeln, die für die menschliche Ernährung am unentbehrlichsten sind, eine Rationierung und quotenmäßige Aufteilung durchzuführen und endlich auch einer Preissteigerung entgegenzuarbeiten, die sich schon nach der natürlichen Preisbildung ergeben mußte, da einem verringerten Angebot ein größerer und jedenfalls in vielen Fällen dringenderer Bedarf gegenüberstand als früher.

Merkwürdigerweise hat man zuerst das Problem am letzten Ende zu lösen gesucht und zunächst Verordnungen gegen Preistreibererlassen, in Deutschland aber Höchstpreisfestsetzungen vorgenommen. Beide Mittel haben sofort versagt. Gegen die Macht der wirtschaftlichen Gesetze vermochten weder Preistreibererordnungen noch Höchstpreisfestsetzungen anzukämpfen und man erkannte bald, daß Höchstpreisfestsetzungen ohne Beschlagnahme und Requisition das Ziel, der Preissteigerung tatsächlich Grenzen zu setzen, nie erreichen. So ist man zuerst in Deutschland, dann auch langsam bei uns, für das wichtigste Nahrungsmittel, nämlich Mehl, noch einen Schritt weiter gegangen, und zwar zur vollkommen staatlichen Bewirtschaftung der Getreideernte mit Beschlagnahme und Requisition.

Man hat ein Getreidemonopol eingeführt, welches sich in der Durchführung nach vieler Richtung hin bis zu einem gewissen Punkte nicht wesentlich von dem Tabakmonopol unterschied. Die Produktion des Rohmaterials, das heißt des Getreides, wird dem einzelnen überlassen, die Verwertung und Verarbeitung obliegt jedoch allein dem Staate; soweit sind Getreidemonopol und Tabakmonopol identisch. Von hier aus scheiden sich die Ziele und Zwecke. Das Tabakmonopol wird nun Finanzmonopol, also Einnahmequelle des Staates, während nunmehr das Getreidemonopol zum sozialen Monopol wird, indem auch die Verteilung des Mehles ausschließlich nach sozialen Zwecken ohne fiskalische Nebenabsichten erfolgt. Hier hat die Verwaltung die durch die Kriegsverhältnisse geschaffenen neuen Aufgaben in der Ernährung vollkommen erfüllt. Sie erfaßt die gesamten Vorräte, sorgt für deren regelmäßige Verteilung, für eine sparsame Verwendung, durch die das Durchhalten ermöglicht wird, und hindert durch detaillierte Preisfestsetzungen eine weitere Hinaufsetzung der Preise. Daß dies in Oesterreich und Deutschland außer einzelnen lokalen und zeitlichen Fehlern gut gelöst wurde, ist nicht zu leugnen. Der Staat ist jedoch in Oesterreich und in Deutschland ein Stück weiter gegangen und hat auch die Mehrzahl der Futtermittel in gleicher Weise in staatliche Bewirtschaftung genommen, und hier ist die Lösung der Aufgabe schon viel weniger glücklich, weder die Erfassung aller Vorräte, noch die gleichmäßige Verteilung, am wenigsten aber die Hintanhaltung von Preissteigerungen, denn selbst die von der Futtermittelzentrale für manche Futtermittelarten verlangten Preise sind so hoch, daß sie wohl kaum im freien Verkehr höher hinaufgesetzt worden wären. Bei allen anderen Lebens- und Nahrungsmitteln sind ver-